

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

ich beginne 10 Jahre später als mein Vorredner Herr Kirchner. Wie Sie wissen, setzte in den 90er Jahren der Abzug der Amerikaner Militärgelände frei, das insgesamt einem Drittel der gesamten Stadtfläche entsprach. Durch die Arbeitsplatzverluste erhöhte sich die Arbeitslosenquote um 10 Punkte auf ca. 21 %. Dies führte zu einem Nachfragerückgang im Einzelhandel von ca. 25 %. Die UNO beurteilte den Fall Zweibrücken als den weltgrößten Konversionsfall. Damals führten **kreative, konsequente und schnelle Entscheidungen** auf der Seite der Stadt und die **große Unterstützung des Landes mit 252 Mio. €** zu einer nicht für möglich gehaltenen Verbesserung der Lage in Zweibrücken. **Der Konversionsfall Zweibrücken wurde zum Vorbild für andere.**

Der Wohlfühlwert und die Infrastruktur der Stadt sind inzwischen so gut, dass es keinen Grund gibt zu jammern, auch wenn die Dynamik nach dem Jahr 2002 nachgelassen hat. **Heute ist es wichtig, dass aus den damals gegründeten Strukturen eine zielgerichtete und konsequente Fortentwicklung folgt und wir nicht unsere Talente wegen fehlender Konzepte und schwankender Entscheidungen vergeuden.**

Deswegen begrüßt die SPD-Fraktion, dass die **Wirtschaftsförderung** in einer Stabsstelle konzentriert und personell verstärkt wird. Das gleiche hatte ich schon bei meiner letzten Haushaltsrede gesagt. Bei den beiden Begriffen „**Chefsache**“ oder „**Contractor**“ wurden wir leider inzwischen auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Wir hoffen jetzt, dass die insgesamt 5 Angestellten bzw. Beamten in der städtischen Wirtschaftsförderung eine erfolgreiche Arbeit machen, damit sich die Arbeitsplatz- und Einnahmensituation der Stadt mittelfristig verbessert. Dabei dürfen natürlich neben der Neuansiedlung auch die Bestandspflege vorhandener Betriebe nicht zu kurz kommen. **Leerstandsmanagement muss nicht nur für die Hauptstraße gelten.** Bei dieser Gelegenheit möchte ich an die vielen gelungenen Aktivitäten der GWS erinnern. So gibt es zurzeit im ergo-Z und den anderen neuen Ansiedlungen auf dem Kreuzberg 219 Arbeitsplätze (allein 81 im ergo-Z) und es werden dringend weitere sanierte Gebäude gesucht.

Hier hätte ich mir gewünscht, dass die positive Rolle des ergo-Z, das hervorragend ausgelastet ist, von der Verwaltung in der Öffentlichkeit etwas stärker gewürdigt worden wäre und eine ähnliche Aufmerksamkeit in der Presse erhalten hätte wie die Schließung des IMM, dessen Geschäftsräume direkt von einem neuen Unternehmen übernommen worden sind. Auch auf dem Flughafen und im DOZ kann sich die Bilanz sehen lassen. Wenn man die Zunahme der Arbeits- und Ausbildungsplätze der Konversionsgebiete von denen der gesamten Stadt abzieht, tritt allerdings Ernüchterung und sogar mehr als das ein. Während die Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz insgesamt im vergangenen Jahr **so viel Gewerbesteuer eingenommen wie nie zuvor** (im Vergleich zu 2004 10% mehr), sieht es in Zweibrücken mit 4% nicht ganz so günstig aus **trotz der Konversion**. Da tröstet uns auch nicht die günstige Einschätzung in den Zukunftsbranchen durch die PROGNOSE-Studie. In der für Zweibrücken früher tragenden Industrie und im Handwerk setzt sich der Trend zum Arbeitsplatzabbau eher noch stärker fort. Auch wenn es erfreulich ist, dass einzelne Betriebe sich stabilisieren konnten, Dank einer verbesserten Geschäftsentwicklung. **Ohne die vom Land sehr stark geförderten Konversionsprojekte wäre die Entwicklung katastrophal.**

Aber auch **mit diesen** ist die Lage **keinesfalls zufrieden stellend solange mehr als 500 Jugendliche ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz sind** und viele frühere Arbeitnehmer **keine Beschäftigungsperspektive** haben. Hartz IV entlastet zwar die Stadtkasse, kann aber nur in sehr geringem Umfang neue Arbeitsplätze schaffen.

**Ich erinnere an unseren Antrag im Stadtrat auf ein Zweibrücker Bündnis für Ausbildung.** Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, wie die Mehrheit hier versucht hat den Antrag kaputt zu reden. Uns bleibt heute nur der neidische Blick auf andere Städte in Rheinland-Pfalz in denen mit einem solchen Bündnis für Ausbildung gute Erfolge erzielt worden sind.. In diesem Zusammenhang wirkt die Genehmigung einer weiteren Spielhalle mit Spielbetrieb bis um 4:00 Uhr wie ein schlechter Scherz.

**Auch in anderen Bereichen gibt es hausgemachte Probleme**, z.B. läuft die Einrichtung von Neubaugebieten zu langsam und Betriebe, die investieren wollen, werden nicht immer dabei unterstützt. Auch die Bauwirtschaft könnte von einer weniger bürokratischen und schnelleren Bearbeitung profitieren. Die wirtschaftliche Entwicklung braucht verlässliche Zusagen und ein investitionsfreundliches Klima. Nach unseren mehrjährigen Bemühungen, das ehemalige Oltsch-Gelände als Gewerbegebiet zu entwickeln, war es endlich so weit, dass die Verwaltung das Projekt konstruktiv und aktiv in die Wege geleitet hat. Jetzt sieht es allerdings schon wieder so aus, als gestatte man dem Investor zwar den Bau, aber kein Sortiment. **Auch bei anderen Projekten stellt man Menschen, die etwas bewegen wollen, auf eine harte Probe.** Es ist keine gute Werbung für Zweibrücken als Wirtschafts- und Wohnstandort, **wenn durch den OB immer wieder die Frage in den Raum gestellt wird, ob der Stadtrat in dieser oder jener Frage wohl zustimmen werde.** Damit wird eine schädliche Unsicherheit geschürt.

Auch der **Streit zwischen der Stadt und der Zweibrücker Werbegemeinschaft** um die Weihnachtsbeleuchtung war trotz des großen Medienaufgebotes kontraproduktiv und überflüssig. Wenn per Pressemitteilung etwas versprochen wird, muss man sich daran halten. Stattdessen sollten sich – wie ein Pressekommentator es formulierte - Stadtspitze und Einzelhändler gemeinsam Gedanken darüber machen, wie man mehr DOZ-Besucher in die Innenstadt locken könnte. Die Trotzreaktionen und das Medieninteresse haben den Schaden dann noch multipliziert. **Wie soll man denn jetzt noch den Nutzen der Zweibrücken-Card glaubhaft vermitteln? Es wäre sicher nicht so schwer gewesen für den OB das Problem gleich durch Ernsthaftigkeit zu meistern, statt den bundesweiten Medien Raum für Spott zu bieten.**

**Auch der Umbau der Festhalle ist eine unendliche Geschichte.** Neulich stimmte der Bauausschuss einstimmig den Plänen für die Neukonzeption der Festhalle nach kleinen Änderungen zu. Dieses Bemühen war im Stadtrat mehrheitlich immer vorhanden und seit Ende 2004 gibt es keinen Widerstand mehr, nachdem der letzte Stadtrat und der letzte OB schon ein Konzept entwickelt hatten, das damals immerhin 60% Landeszuschuss hätte bekommen sollen. Statt die bei diesem Konzept noch geforderten Nachweise zu bringen, hat die Verwaltungsspitze unnötigerweise immer wieder neue Fässer aufgemacht, bis das Projekt wieder völlig auf dem Prüfstand war. Sie erinnern sich an die Diskussion über Abriss, Karlsberg, Denkmalschutz und an den Brief des ADD-Präsidenten, der sich gegen den Blockadevorwurf gewehrt hat. Aus dem Stadtrat gab es immer wieder Initiativen, den Vorgang zu beschleunigen, z.B. Anfang 2005 von der CDU und Ende 2005 von uns. Zweimal weigerte der OB sich, den vom Stadtrat beschlossenen Kaufvertrag

zu vollziehen. Anfang 2005 mit der Begründung, **dass nach einem Vollzug nicht mehr „ergebnisoffen über die Zukunft der Festhalle diskutiert“ werden könnte** und Ende 2005 begründeten Sie, Herr OB, es damit, dass Sie alles getan hätten, das Projekt zu beschleunigen. Mehr als das, was Fritz Presl gemacht hat, um den Minister persönlich nach Zweibrücken zu holen, kann ein Stadtrat nicht tun. Aber wenn die Verwaltungsspitze noch weitere Fässer aufmacht, statt die fehlenden Nachweise zu bringen, wird vielleicht der jetzt zugesagte 50%-Zuschuss nochmals aus Spiel gesetzt. Bei einer Summe von fast 9 Mio. € droht also erheblicher Schaden. **Die Stadt hat noch nicht einmal das Eigentum an der Festhalle, für die sie Zuschuss beantragen soll, obwohl der Stadtrat das längst beschlossen hat.**

Eine weitere, eigentlich ohne fremde Hilfe nicht mehr lösbare, unendliche Geschichte ist die ständige **Zunahme der Verschuldung der Stadt**. Im vergangenen Jahr sagte ich an dieser Stelle: „Es kann nicht sein, dass wir die Verschuldung Jahr für Jahr steigern und uns dadurch durch ständig steigende Zinslasten strangulieren“. Deshalb sei es richtig gewesen, den ersten Haushaltsentwurf zurückzugeben, so seien mehrere Millionen Euro eingespart worden. **Sie selbst, Herr OB, schrieben noch ein Jahr früher:** *„Der angehäuften Schuldenberg droht die Stadt in ihrer Entwicklung zu erdrosseln. Um hier eine Umkehr einzuleiten, werde ich als parteiunabhängiger Oberbürgermeister zunächst die gesamte städtische Finanzstruktur einer vollständigen Analyse unterziehen, um die strukturellen Ursachen zu erkennen und gegebenenfalls selbst verursachte Finanzierungs- und Investitionsfehler zu beenden. Nach dieser Analyse werden finanztechnische Modelle entwickelt, die es der Stadt ermöglichen, zumindest in Ansätzen wieder einen Investitionsspielraum zurück zu gewinnen.“* So Ihre Erklärung, Herr OB, **aber es war für mich schon sehr mühsam, von Ihnen eine einfache Darstellung der Schulden und ihrer jeweiligen Zinssätze zu bekommen.** Inzwischen liegt immerhin eine Aufstellung für dieses Jahr vor, jedoch noch nicht aus den Vorjahren, **damit man richtig vergleichen oder gar analysieren könnte.** Was ich aber bekommen habe, deutet klar darauf hin, **dass sich die Zinsbelastung in der letzten Zeit erheblich verschlechtert hat. Statt Umkehr, erfolgt der schnellere Marsch in den Abgrund.** Die Finanzierung, die neuerdings vorwiegend über **Privatbanken** abgewickelt wird, birgt ein erhebliches Zinsrisiko. **Dadurch droht sie bei einer nach einem Aufschwung zu erwartenden Zinserhöhung den Haushalt zu sprengen.** Herr Oberbürgermeister, Sie sagten zu Beginn, dass die Stadt alle zwei Jahre für Zinsen so viel aufbringen muss, wie eine neue Festhalle kostet. Wenn die Zinssätze sich verdoppeln wäre dann jedes Jahr der Betrag einer neuen Festhalle aufzubringen. Wir haben 18 Mio. € mehr Schulden. 90 Mio. € Kassenkredite und steigende Zinsen zu verkraften. Ich sehe auch keinen Lichtschimmer am Horizont wie Herr Dr. Hitschler eben, denn die Netto-Neu-Verschuldung ist nur deshalb in diesem Jahr weniger stark gewachsen, weil die wichtigen Projekte entweder abgeschlossen sind, zumindest zu Ende gehen und neue noch nicht angefangen werden.

Das Beispiel **Landgestüt** hat gezeigt, dass man mehr erreicht, wenn man konstruktiv verhandelt, als Minister in der Zeitung zu rügen. Die SPD-Fraktion hat die konstruktive Rolle des Landes immer anerkannt und klare Vorstellungen zum Landgestüt, die in Form von Eckpunkten schon sehr früh in die Verhandlungen eingeflossen sind. Die SPD-Fraktion ist grundsätzlich bereit, die Neukonzeption mitzutragen unter der Bedingung, dass

- a. Aussicht besteht, ein in der Anfangsphase entstehendes Defizit abzubauen und die Stadt damit nicht auf Dauer zu belasten.

- b. bei der Zucht sich diejenigen, um die es geht (die Züchter), stärker aktiv beteiligen; für diese überregionale Aufgabe zum Nutzen einer relativ kleinen Gruppe können die Steuerzahler der Stadt nicht auf Dauer belastet werden.

**Der Haushalt insgesamt ist eine Fortschreibung früherer Haushalte mit einer noch größeren Finanzierungslücke.** Im Vorjahr sagten Sie, Herr Kollege Schiller: „*Es handelt sich um eine fantasielose Fortschreibung der vorangegangenen Haushalte.*“ Weiter sagten Sie: „*Doch schon heute mahnen wir für den Haushalt 2006 eine völlig neue, innovative Vorlage an, mit der die von Ihnen selbst aufgelegte Messlatte erreicht wird und der Kompetenz eines Wirtschaftsexperten entspricht*“, so sagten Sie dem OB weiter. - **Ich bin gespannt, ob Sie heute zufrieden sind.**

Nach unserer Auffassung können wir nur immer wieder dafür kämpfen, dass unnötige und unsinnige Projekte unterbleiben und sinnvolle Projekte, die langfristig die Einnahmesituation der Stadt verbessern, zielstrebig und schnell umgesetzt werden, davon profitieren auch die Handwerksbetriebe und der Mittelstand. **Wenn die Menschen keine Perspektive mehr haben, fallen sie auch als Käufer für die Innenstadt und als Steuerzahler aus.** Nicht alle können in High-tech-Betrieben arbeiten oder studieren, deshalb müssen wir uns auch um Arbeitsplätze im Handwerk und im Dienstleistungssektor kümmern. Diesen Betrieben wäre schon viel geholfen, wenn eine über das gesetzliche Minimum hinausgehende Tariftreueerklärung Vertragsbestandteil bei Vergaben würden, wie wir es beantragt hatten.

Eine **bessere Werbung im DOZ für die Innenstadt** haben wir schon öfters gefordert. Auch die Verkehrsanbindung durch eine besondere Bahn könnte einige DOZ-Kunden in die Innenstadt locken. Hier könnte die Stadt auf Sponsoring oder Finanzierung über Werbung zurückgreifen. Es gibt Vorschläge, nur niemanden, der sie direkt umsetzt.

Viele Bürgerinnen und Bürger, vor allem ältere wünschen sich an **Bushaltestellen Sitzmöglichkeiten bzw. einen Wetterschutz**, besonders in Ernstweiler gibt es darin ein Defizit. Hier müsste es doch möglich sein, Sponsoren zu finden, die bereit sind eine Haltestelle auf ihre Kosten ausbauen, wenn sie dafür anschließend daran werben dürfen.

**Eine Schlüsselfunktion hat auch die Entwicklung des Flughafens.** „*Das Potenzial des Flughafens Zweibrücken liegt deutlich über den Passagierzahlen, die der Flughafen Saarbrücken-Ensheim zurzeit in der Region rekrutiert*“, steht in der Studie „Regionalökonomische Bedeutung und Perspektiven des Flugplatzes Zweibrücken“. Nicht nur die Presse moniert, dass trotz der guten Zahlen die Regionalpolitiker sich nicht genügend für den Flughafen einsetzen. **Es ist schon eigenartig, wenn die stärksten Unterstützer des Flughafens aus der Nachbarschaft Homburg kommen.** Auch wir müssen darauf schauen, **was wir tun können für unseren Flughafen** und nicht auf andere schimpfen. Die Übernahme des Flughafens durch einen Konkurrenten führt erfahrungsgemäß zu dessen Zerstörung. Die einzige Chance ist eine partnerschaftliche Kooperation, bei der jeder das macht was er besser kann und auch ein stärkeres Engagement des Zweckverbandsvorsitzenden. **Dann wären die Langstreckenflüge in Zweibrücken.** **Es wäre ein Schildbürgerstreich viele Millionen in Ensheim in eine Einrichtung zu investieren, die es in Zweibrücken schon gibt.** Hier ist auch die Bundesregierung gefordert einen solchen Unsinn zu verhindern.

**Die Voraussetzungen in Zweibrücken sind gut, besonders Dank der Landesmillionen, es müsste nur mehr damit getan werden.** So ist es auch bei der Bahn. Vor Jahren wurde der Bahnhofsvorplatz in Zweibrücken erneuert. Jetzt wird am Bahnsteig mit Unterführung gearbeitet. Danach folgt zwingend, die Bahnlinie nach Homburg zu reaktivieren. Das Stadium der Lippenbekenntnisse sollte eigentlich längst überwunden sein und die wiederbelebte Zusammenarbeit mit Homburg zu einem Ergebnis führen. Wir schlagen ja vor, mit der Anbindung des Oltsch-Geländes an die Homburger Straße eine Voraussetzung für die Querspange zu erfüllen und damit auch für die künftige Umgehung Einöd etwas zu tun. Alle hier fordern die Reaktivierung der Bahnstrecke, das Engagement endet dann immer mit dem Satz: „Die saarländische Seite müsste dafür etwas tun.“ **Es müsste es doch möglich sein, die saarländische Seite zu Verbündeten um die Reaktivierung der Strecke zu machen** in einem Verkehrskonzept, das Fahrrad, Auto, Bus, Zug und Flugzeug miteinander verbindet. Es gibt inzwischen genügend Gemeinsamkeiten mit Homburg, um das umzusetzen.

Staatssekretär Eymael sagte neulich: „Nach Einführung des Rheinland-Pfalz-Taktes vor elf Jahren habe sich herausgestellt, dass mit besserem Verkehrstakt, moderneren Zügen, reaktivierten Strecken und attraktiven Bahnhöfen die Fahrgastzahlen steigen.“ Und dass in Zweibrücken rund 1100 Reisende am Tag gezählt werden, **fast doppelt so viele wie 1998**. Daran sieht man, dass diese Investitionen sich lohnen und gute Konzepte zu Erfolgen führen. Auch hier sind wir dem Land dankbar, dass der Rheinland-Pfalz-Takt erhalten bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun komme ich zu den konkreten Anträgen der SPD-Fraktion:

1. **Erhöhung** der Haushaltsposition 16200 (**Einnahmen**) von 0.-- auf 40.000,--  
**Begründung:** Die Pflichtzweckvereinbarung für das bisherige Grundbildungsjahr (Berufsschule) muss nach der Reform der Berufsfachschule durch eine neue Regelung ersetzt werden. Eine Neuregelung steht direkt bevor und kann schon für das Haushaltsjahr umgesetzt werden. Es ist wichtig, dass wir durch einen Haushaltsansatz unseren Anspruch auf Kostenübernahme, unterstreichen und so unsere Verhandlungsposition verbessern. Auch ein Unternehmen bilanziert seine Forderungen selbst dann, wenn ein geringer Restzweifel über ihren tatsächlichen Eingang besteht.
2. **Reduzierung der Haushaltspositionen 58001 (Zuschuss Rosengarten) 1.040.000,-** - auf 640.000,-- und 58001 (Baumaßnahmen Rosengarten) 1.465.000 + 600.000 auf 800.000,-- EURO. Die für die Weihersanierung vorgesehenen 130.000,-- € sollen davon unberührt sein und als eigene Position bleiben.  
**Begründung:** Der Stadtrat hat beschlossen, nur die kleinere „Seitenlösung“ umzusetzen. Dadurch erfolgt eine erhebliche Einsparung, die jetzt auch im Haushalt vollzogen sein wird, auf die wir von der SPD-Fraktion besonders stolz sind.
3. **Einführung einer Haushaltsposition unter der Haushaltsstelle 66 (Bundes- und Landesstraßen) von 10.000,-- zur Planung und zum Bau eines befahrbaren Kreisel oder einer Linksabbiegespur an der Homburger Straße zur Erschließung**

**des Oltsch-Geländes.** Hier haben die Beratungen ergeben, dass ein Restbetrag von 56.000,- € vorhanden ist, den man für die Umsetzung verwenden kann.

**Begründung:** Für die SPD-Fraktion ist es wichtig, dass nicht wie im Bauausschuss angekündigt, „**nichts**“ gemacht wird, um das neue Gewerbegebiet an die Homburger Straße anzubinden, **sondern eine akzeptable Lösung gefunden wird.** Das zu erschließende Gelände kann von der Homburger Straße aus Richtung Zweibrücken nur dann mit dem Fahrzeug ohne Gefahr und Zeitverlust erreicht werden, wenn eine Möglichkeit zum Linksabbiegen ohne ständigen Gegenverkehr besteht. Die geplante Querspange zur Vernetzung des Saar-Pfalz-Raumes und zur Entlastung der Homburger von dieser Einmündung durch Einöd sollte nach einer Erschließung des Oltsch-Geländes immer noch möglich sein **ohne erneute Umbauarbeiten an der Homburger Straße.** Wir sehen in der Maßnahme nicht nur eine bessere Erschließung eines für Zweibrücken wichtigen Gewerbegebietes, sondern auch eine Vorleistung, um den Bau der Querspange zu beschleunigen. Der Plan wurde im Oktober 2000 vom Büro Schönhofen vorgestellt, ohne dass bisher ernsthafte Bemühungen erkennbar waren, ihn umzusetzen. Die verkehrsgerechte und weitschauende Erschließung des Oltsch-Geländes würde auch den Willen zur Umsetzung dokumentieren und die **Verhandlungsposition mit der Stadt Homburg zur Reaktivierung der Bahnstrecke verbessern.**

4. Der Bau einer solaren Wasser-Heizungsanlage in das Freibad ist vom Hauptausschuss abgelehnt worden, weshalb wir heute auf diesen Antrag verzichten, aber weiter darauf hinweisen, **dass mindestens die Warmduschen und die Toiletten saniert werden müssten.**
5. Aufnahme einer Haushaltsposition in den Vermögenshaushalt von ca. 12.000,- EURO zur **Planung einer solaren Brauchwasseranlage mit einer modernen, nicht thermischen Anlage zur Legionellenprophylaxe in eine große Sporthalle.**

**Begründung:** Der Energieverbrauch zur thermischen Legionellenvorbeugung ist enorm und bei der heutigen Energieknappheit unverantwortlich. In der Westpfalzhalle wurde eine moderne Anlage installiert, die kaum Energie verbraucht, wobei sich die Investition schnell amortisiert. Außerdem verschwendet die thermische Methode große Mengen Wasser und verhindert eine sinnvolle Nutzung einer solaren Brauchwasseranlage, mit der man noch mehr Energie sparen könnte. Durch den Einbau einer solaren Brauchwasseranlage in die Ignaz-Roth-Halle könnte beispielsweise verhindert werden, dass die Heizung der Berufsbildenden Schule den ganzen Sommer über (sogar in den Sommerferien) in Betrieb sein muss, nur um das Duschwasser zu erwärmen und die wöchentliche Erhitzung auf 80 Grad zur Legionellen-Vorbeugung zu bewirken. Für eine solche Anlage können außerdem Zuschüsse in Anspruch genommen werden.

Außerdem muss berücksichtigt werden, dass die Sanitärinstallationen ohnehin nach einigen Jahrzehnten saniert werden müssten und es sinnvoll ist, solche Maßnahmen jetzt vorzuziehen und mit einer erheblichen Energieeinsparung, die noch bezuschusst wird, zu verbinden

6. Anpassung der Haushaltsposition im Verwaltungshaushalt **„Zuschüsse für Vereine mit eigenen Sportstätten“** um insgesamt 12.000,- bzw. auf den im CDU-Antrag ge-

nannten Betrag. Die Verwaltung wird gebeten einen Verteilungsschlüssel für die zusätzlichen Zuschüsse zu erarbeiten, der berücksichtigt, in welchem Umfang die Vereine eine eigene Jugendarbeit betreiben. Die CDU-Fraktion hat ja zu diesem Punkt einen eigenen Antrag eingebracht, nachdem ich bei der Einwohnerversammlung in Ernstweiler unseren Vorschlag schon angekündigt hatte. Sicher können wir nichts dagegen haben, wenn aus unserem Vorschlag dadurch ein gemeinsamer wird, dann ist uns die Zustimmung auch sicher.

**Begründung:** Durch die gestiegenen Energiepreise sind vor allem diese Vereine besonders belastet. Es besteht die Gefahr, dass gerade Vereine mit Jugendarbeit diese einschränken müssen, was keinesfalls erwünscht wäre. Außerdem besteht eine Konkurrenz zu solchen Vereinen, die ihre Sportstätten nach dem Sportstättengesetz kostenlos von der Stadt überlassen bekommen.

7. **Reduzierung der Positionen im Sammelnachweis 8** Geschäftsausgaben, Gruppe 65020 „Gebühren, Telekommunikation“ von 153.000,-- auf 143.000,-- und der Gruppe 65010 „Bürobedarf“ von 190.000,-- auf 180.000,--

**Begründung:** Es ist nicht nachvollziehbar, dass bei einem **deutlichen Rückgang der Telefongebühren auf dem Markt** seit 2004 und einem **Umstieg** der Stadt von der Telekom auf einen anderen Anbieter die Telefongebühren im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2004 um ca. 10.000,-- EURO steigen sollen. War vielleicht war der Umstieg auf den privaten Anbieter eine krasse Fehlentscheidung? Angesichts der Entwicklung auf dem Telefonmarkt müsste statt eines Anstieges eine erhebliche Reduzierung möglich sein. **Die Preise für den Bürobedarf** sind in diesem Zeitraum ebenfalls rückläufig und außerdem dürfte in einem modernen Büro der Materialverbrauch eher abnehmen statt zunehmen, besonders dann, wenn häufiger der PC, das Internet und das Telefon benutzt werden, so dass es nicht nachzuvollziehen ist, wenn diese Kosten im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2004 sogar noch etwas steigen sollen. Das Gleiche gilt auch für **die Internetkosten**, die künftig genauer unter die Lupe genommen werden müssen, dort kann man von einem Preisverfall sprechen und trotzdem steigen die Kosten der Stadt.

8. Die SPD-Fraktion beantragt, die **Modernisierung der Fußgängerzone und des Alexanderplatzes** im Investitionsprogramm vorzuziehen, denn unsere bisherigen Anträge und Anfragen dazu sind zwar wohlwollend zur Kenntnis genommen worden, aber ohne Folgen geblieben. Immer häufiger gibt es Beschwerden von Passantinnen, die sich ihre Schuhe beschädigen oder von Rollstuhlfahrern, die Probleme haben. Im Rahmen der Innenstadtentwicklung haben wir schon mehrfach beantragt, dass der Alexanderplatz und die Fußgängerzone attraktiver gestaltet werden, um mit der wachsenden Konkurrenz der umliegenden Städte mithalten zu können. Wir haben zuletzt am 7. Januar 2005 in einem Antrag daran erinnert und seither hat sich nicht getan. Ursprünglich waren die Vorhaben 63002, 95000 im Investitionsprogramm, **jetzt ist sie beim Sanierungsträger angesiedelt**. Deshalb ist zwar kein Haushaltsansatz mehr nötig, jedoch muss ein Auftrag an den Sanierungsträger erfolgen, dass diese Maßnahmen jeweils um ein Jahr vorgezogen werden und die Planung unverzüglich in Angriff genommen werden. **Es ist vorgeschrieben und für uns selbstverständlich, dass innerhalb der Planung mehrere Anwohnerversammlungen durchgeführt werden,**

**ohne diese ist eine Planung nicht möglich.** Der Antrag der CDU-Fraktion, eine Anwohnerversammlung durchzuführen ist daher in unserem Antrag enthalten und nur der Versuch, ein Stück von dem Kuchen der Initiative zu bekommen. **Immerhin ein legitimer Versuch im Gegensatz zur im Hauptausschuss aufgestellten Falschbehauptung, wir hätten für die Baugenehmigung einer Spielhölle gestimmt.** Nicht verstehen kann ich allerdings den Versuch der CDU und FWG, für viel Geld ein zweistöckiges Gebäude im Rosengarten errichten zu wollen und dann kein Geld zu haben, die Fußgängerzone ein Jahr früher zu modernisieren als geplant. Unverständlich ist auch, wenn der OB, kein Geld für den Umzug des Tierheimes hat, aber einen Neubau vorschlägt. Auch die Aussage, dass Tiere nicht in ein ehemaliges Gefängnis gehören kann nicht ernst gemeint sein, schließlich hatte man dort Menschen eingesperrt, deren einziges Vergehen war, Deutschland nicht verlassen zu wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren, obwohl wir in diesem Jahr auch einige ausgabenwirksame Vorschläge machen, führen unsere Anträge **per Saldo zu einer Haushaltsverbesserung.** Berücksichtigt man dabei noch die langfristige Entwicklung, wird die Bilanz zugunsten von Einsparungen auf der einen und Einnahmeverbesserungen auf der anderen Seite noch größer. Ich bitte Sie auch deshalb, diesen Vorschlägen der SPD-Fraktion zuzustimmen!

Bevor Sie gleich für unsere Vorschläge stimmen, möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Verwaltung bedanken bis hin zur Verwaltungsspitze. Ich möchte mich auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat bedanken. **Wir haben vieles einstimmig entschieden und manchmal auch um den richtigen Weg gestritten.** Ich lege Wert auf die Feststellung, dass es dabei allein um die Sache ging. Die SPD-Fraktion wird diesen **konstruktiven uns sachbezogenen Weg** für unsere Bürgerinnen und Bürger auch im kommenden Haushaltsjahr gehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!